

PREISSTEIGERUNG

Energiepreise als Inflationsfalle

Deutschland hat noch kein Inflationsproblem. Doch die hohen Energiekosten könnten langfristig zur Gefahr werden. Forscher fordern Entlastung vonseiten der Politik.

Julian Olk

So stark wie seit fast 30 Jahren nicht mehr sind die Preise zuletzt in Deutschland gestiegen. Das Statistische Bundesamt meldete für Juli eine Inflationsrate von 3,8 Prozent. Ist damit die lange Phase historisch niedriger Teuerungsraten vorbei?

Fast alle Ökonomen sind sich einig, dass die derzeitigen Preisanstiege vor allem auf kurzfristige Effekte, etwa Lieferengpässe, zurückzuführen sind - und wieder abklingen dürften. Auf längere Sicht sind Sorgen wegen einer merklichen Teuerung nicht unbegründet. Ursache sind vor allem die Energiekosten. Allein im Juli sind die Energiepreise um 11,6 Prozent gestiegen. Höhere CO₂-Preise und ein höherer Strombedarf dürften diese Entwicklung weiter fördern - sofern die Politik nicht gegensteuert. Das belegt die Konjunkturumfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) Köln. 2000 Unternehmen hatte die Arbeitsgemeinschaft Markt- und Sozialanalyse (Amsa) im Auftrag des IW befragt. Die Ergebnisse liegen dem Handelsblatt vor.

Die Unternehmen wurden gefragt, welche Effekte am ehesten dafür sorgen, dass sie ihre Preise erhöhen. Unter den meistgenannten Effekten wird allein für die Energie erwartet, dass sie nachhaltig die Preise treibt. 33 Prozent der Firmen gaben an, dass hohe Energiekosten innerhalb der nächsten drei Monate einen "starken Effekt" auf ihre Preise hätten. 36 Prozent glauben, diese Entwicklung werde mindestens bis Ende 2022 anhalten. Für Rohstoffe und Vorleistungen werden eher kurzfristige Verteuerungen erwartet.

Was bedeutet das für die Verbraucherpreise? 48 Prozent der Unternehmen ist es laut Umfrage in "hohem oder mittlerem Ausmaß" möglich, die höheren Kosten an ihre Kunden weiterzugeben. Schon im Juni hatten die deutschen Produzenten ihre Preise so stark angehoben wie seit annähernd vier Jahrzehnten nicht mehr. Die Produzentenpreise gelten als Frühindikator für die Inflation. Die Wirtschaftsweise Veronika Grimm erwartet daher: "Geplante höhere CO₂ - Preise und der Mehrbedarf an Strom im Zuge der Energiewende werden die Energiekosten in Zukunft noch weiter steigen lassen." IW-Konjunkturchef Michael Grömling sieht das genauso. Er warnt: "Und die Unternehmen können das vielfach im großen Stil an ihre Kunden weitergeben."

Die Bepreisung von CO₂ - Emissionen wirkt sich merklich auf die Inflation aus. Eine Untersuchung des Sachverständigenrats der "Wirtschaftsweisen" war 2020 zu dem Ergebnis gekommen, dass der nationale Brennstoff-Emissionshandel, der in dem Jahr eingeführt wurde, mehr als einen Prozentpunkt zur jährlichen Inflationsrate beitragen könnte. Durch die neuen Vorschriften werden etwa Heizöl, Gas, Diesel und Benzin teurer. Und die CO₂ - Kosten steigen. Die Grünen zum Beispiel haben angekündigt, den CO₂ - Preis in den Sektoren Wärme und Verkehr von derzeit 25 Euro je Tonne ab 2023 auf 60 Euro erhöhen zu wollen, deutlich stärker als derzeit vorgesehen. Insbesondere beim Strom gilt die Bundesrepublik als Hochpreisland. Beim Strombedarf hatte Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) zudem erst im Juli seine bisherigen Schätzungen zum Stromverbrauch im Jahr 2030 nach oben korrigiert.

Als größte Treiber des Stromverbrauchs gelten Elektroautos, elektrische Wärmepumpen sowie die Wasserstoffelektrolyse, um die Industrie umweltfreundlicher aufzustellen. "Speziell die Energiekosten könnten ein langfristiges Problem darstellen", warnt Ralph Wiechers, Chefvolkswirt des Verbands Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA). Klimafreundlich mit Wasserstoff produzierter Stahl bedeute höhere Kosten und tendenziell höhere Preise. Die IW-Wissenschaftler sehen die Gefahr einer Lohn-Preis-Spirale. Die hohen Energiepreise könnten zu hohen Lohnforderungen führen. Höhere Einkommen würden die Nachfrage der Haushalte und die Preise wiederum steigen lassen. Bislang ist das nicht absehbar. Die anziehenden Verbraucherpreise fressen die jüngsten Tariflohnsteigerungen auf. Die Tarifabschlüsse waren aber vor allem wegen der Coronakrise gering ausgefallen.

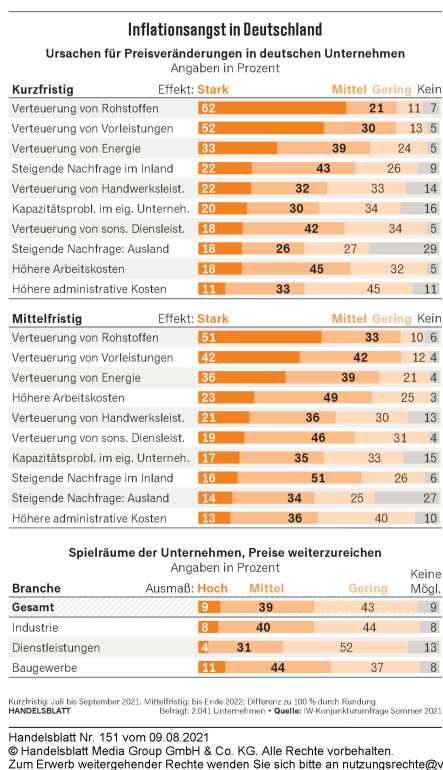
Im konjunkturellen Aufschwung stehen allein in diesem Jahr größerer Tarifrunden an, etwa im Baugewerbe und im Einzelhandel. Eine durch Energiekosten ausgelöste Lohn-Preis-Spirale sei daher "eine große Gefahr", meint IW-Wissenschaftler Grömling. Manche Ökonomen und Politiker hingegen ignorieren die Energiepreisinflation. Sie betrachten nur die sogenannte Kerninflation, die schwankungsanfällige Preise wie die von Energie oder Nahrungsmitteln außen vor lässt. Allerdings steht diese Herangehensweise in der Kritik. Schließlich hat sich in den vergangenen Jahren gezeigt, dass die steigenden Energiekosten einem langfristigen Trend folgen - den die Haushalte über Strompreis und Heizkosten direkt zu spüren bekommen. Hinzu kommt, dass der Strompreis in Deutschland so hoch ist, weil die Hälfte des Preises aus Steuern, Abgaben und Umlagen besteht. Ökonomin Grimm fordert daher eine schnellstmögliche Abschaffung der Erneuerbare-

Energien-Gesetz-Umlage (EEG-Umlage). Union und SPD wollen das auch, haben jedoch einen anderen Zeithorizont. Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) will die Umlage "mittelfristig" streichen, die SPD bis 2025. Die Grünen wollen sie bloß senken. Grimm kritisiert: "Die EEG-Umlage belastet nicht nur Unternehmen auf der Kostenseite, vor allem ist sie ein Bürokratiemonster." Beispielsweise müssen **energieintensive** Unternehmen, die sich von der Umlage befreien lassen können, das jedes Jahr neu beantragen. Außerdem fordert Grimm, die Stromsteuer auf ein Minimum zu reduzieren.

/// "Panik ist nicht in Sicht" // .

Ein weiterer inflationstreibender Faktor: Die Corona-Pandemie sorgt für massive Schwierigkeiten in den Lieferketten weltweit. Die erhöhte Nachfrage kann etwa die Halbleiterindustrie noch immer nicht vollends bedienen. Einschränkungen in der Produktion und Handelsbarrieren reduzieren das Angebot an Rohstoffen und Zwischenprodukten und machen sie teuer. Der IW-Umfrage zufolge gaben mit 62 Prozent die meisten der befragten Unternehmen an, dass teurere Rohstoffe einen "starken Effekt" auf ihre Preissetzung hätten. 52 Prozent nannten die Verteuerung von Vorleistungen als starken Effekt. Es stellt sich die Frage, wie lange die Materialknappheit und die Lieferengpässe bestehen bleiben und damit die Preise der Unternehmen treiben. Die Bundesbank prognostiziert im weiteren Jahresverlauf für Deutschland vorübergehend Inflationsraten, die Richtung fünf Prozent gehen. Rund zehn Prozent der befragten Firmen gehen davon aus, dass sich die für sie starken preistreibenden Effekte schon in den nächsten drei Monaten legen werden. 51 Prozent der Firmen rechnen damit, dass sich die Rohstoff-Engpässe bis Ende 2022 stark auf die eigenen Preise auswirken. Bei den teureren Vorleistungen sind es noch 42 Prozent. Die IW-Forscher denken jedoch nicht, dass die preissteigernden Effekte langfristig Bestand haben werden. Zudem treibt die Mehrwertsteuer die Inflationsrate nur kurzzeitig in die Höhe. Sie beträgt - nach der Senkung im zweiten Halbjahr 2020 - seit Jahresbeginn wieder 19 beziehungsweise sieben Prozent. Durch den Basiseffekt fällt deren inflationäre Wirkung Anfang kommenden Jahres weg. "Die Umfrage zeigt: Eine Panik vor einer Überhitzung der Wirtschaft ist längst nicht in Sicht", sagt IW-Konjunkturchef Grömling - sofern die Politik die **Energiekosten** in den Griff bekomme.

Olk, Julian



Quelle:	Handelsblatt print: Nr. 151 vom 09.08.2021 Seite 008
Ressort:	Politik
Börsensegment:	org org
Dokumentnummer:	52CD4229-958E-425E-A284-FB9D07C65537

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/HB_52CD4229-958E-425E-A284-FB9D07C65537%7CHBPM_52CD4229-958E-425E-A284-F

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH

